

„Wir sind keine Handelsware“

Eine beispiellose Gegenbewegung hat das TTIP-Abkommen an den Rand des Scheiterns gebracht, ihr Erfolg beruht auf einer neuen Professionalisierung.

Als die Schlacht um TTIP verloren war, mimte Angela Merkel noch einmal Entschlossenheit. „*Wir halten den zügigen Abschluß eines ehrgeizigen Abkommens für sehr wichtig*“, ließ sie vergangenen Montag verlautbaren. Dies sei die einhellige Meinung der Regierung. Die Meinung der Bevölkerung ist eine andere: Mehr als zwei Drittel der Deutschen lehnen das geplante transatlantische Freihandelsabkommen ab. Und selbst in regierungsnahen Kreisen schwindet der Glaube, daß TTIP in der bislang geplanten Form jemals Realität wird. Denn am Montagmorgen hatte Greenpeace geheime Dokumente aus den vertraulichen Beratungen veröffentlicht. Auch wenn sie nur den Verhandlungsstand und kein -ergebnis dokumentieren, bestätigen die Papiere die schlimmsten Befürchtungen der TTIP-Kritiker.

Auf 248 Seiten wird belegt, daß hinter den Kulissen sehr wohl um alles geschachert wird, was die EU und die Bundesregierung stets als unantastbar bezeichnet hatten: die Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz, das Vorsorgeprinzip, die gesetzgeberische Selbstbestimmung der Länder. Sogar das Versprechen seitens der Europäer, es werde keine privaten Schiedsgerichte mehr geben, stellt sich bislang als reines Wunschdenken heraus. Die Amerikaner wollen bislang Schiedsgerichte der alten Art.

Vor diesem Hintergrund entpuppt sich Merkels groß inszeniertes Treffen mit US-Präsident Barack Obama acht Tage zuvor in Hannover im Nachhinein als reine Showveranstaltung, die darüber hinwegtäuschen sollte, daß sich beide Seiten alles andere als einig sind.

Durch die TTIP-Leaks ist der Versuch, den größten bilateralen Handelspakt der Welt an 800 Millionen Bürgern vorbei heimlich auszuhandeln, gescheitert. Die Regierungen hatten von Anfang an unterschätzt, welchen Widerstand die drohenden Eingriffe in nahezu alle Lebensbereiche bei den Bürgern hervorrufen würde.

Was mit einem diffusen Unbehagen an intransparenten Hinterzimmerverhandlungen begann, wuchs sich besonders in Deutschland zu einer wahren Volksinitiative aus. Sie wurde befeuert von einer internationalen Allianz von Nichtregierungsorganisationen, die professioneller und vernetzter agieren als je zuvor.

Drei Jahre nach Beginn der Verhandlungen gehören Veranstaltungen gegen Freihandelsabkommen hierzulande schon fast zur Folklore. In Städten und Gemeinden, an Universitäten, in Bücherhallen, im Dorfkrug und Kirchen, Schulen, Bauernhöfen und Vereinen gibt es Tausende Veranstaltungen zu TTIP, zu Ceta, dem bereits ausverhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada, und zu Tisa, einem Abkommen über Dienstleistungen.

Ein kleiner Querschnitt: In Mainz spielen 150 Orchestermusiker den Protestsong „Wir sind keine Handelsware“ frei nach Ludwig van Beethovens „Ode an die Freude“, in Darmstadt grillen 230 Bürger im voll besetzten Justus-Liebig-Haus ihre Kommunalwahlkandidaten zum Thema Freihandel, in Köln läuten mehr als tausend Menschen den Mai mit „Tanzen gegen TTIP“ ein.

Und der Stadtrat Bergisch Gladbach hat mit großer Mehrheit eine Resolution zu TTIP und Ceta beschlossen. Beim Münchner Umweltinstitut sind insgesamt 310 Städte, Gemeinden, Landkreise, Bezirke und Regionen registriert, die sich für TTIP-frei erklären.

Wie kommt es, dass sich Tausende Menschen in ihrer Freizeit mit einer so komplizierten Materie wie einem Handelsabkommen beschäftigen? Sich freiwillig in Workshops und Diskussionen durch nahezu unverständliches EU-Juristenkauderwelsch quälen? Hunderte Kilometer zurücklegen, um zu einer Demonstration zu fahren?

Wer verstehen will, wie sich der Bürgerprotest in dieser Republik verändert hat, der muss an einem Dienstagabend nachMünster fahren. Der Raum im ersten Stock des Instituts für Theologie und Politik ist voll mit verstaubten Devotionalien des Protests der alten Tage. An der Wand hängt ein Zitat von Nelson Mandela und eine kubanische Flagge, im Regal steht ein vergilbter Ordner mit der Aufschrift „Nicaragua 1979 – 1991“.

Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat trifft sich hier das Bündnis „Münster gegen TTIP“. Es sind Menschen wie Ute S., 67, eine pensionierte Beamtin aus der Bundesfinanzverwaltung, die sich auf der Suche nach den neuesten Informationen über Ceta und TTIP täglich gut zwei Stunden durch soziale Netzwerke und Onlinepublikationen klickt. Menschen wie Stefanie Tegeler, 36, Politikwissenschaftlerin, die sagt: „Ich habe nichts gegen Freihandel. Aber ich habe grundsätzlich etwas gegen Intransparenz.“ Und Menschen wie Michael Beier, 49, Marketingexperte, der sagt: „Ich war immer ein unpolitischer Typ, aber das hier ist meine Bewegung.“

Tagesordnungspunkt 4 ist ein Rückblick auf die jüngste TTIP-Demo in Hannover. Mit drei Bussen waren sie aus Münsterangereist, mehr als 150 Mitstreiter, die meisten waren noch nie bei einem der Dienstagstreffen. „Aber wenn es drauf ankommt, sind die Leute da“, sagt Beier, „weil sie verstanden haben, dass TTIP uns alle angeht.“

Die neue Qualität des Protests gegen TTIP hat aus dem Marketingmann Beier einen Aktivist gemacht. Inzwischen engagiert er sich auch bei der Nuit-debout-Bewegung, die sich in Frankreich gegen geplante Änderungen am Arbeitsrecht richtet. Am 14. Mai soll in Münster die erste Protestveranstaltung nach diesem Vorbild stattfinden. Beier plädiert dafür, Mikros und Bühnenwagen zu Hause zu lassen. Es geht um Augenhöhe. „Die Leute brauchen keine Eintänzer mehr.“

Auch der 35-jährige Jörg Rostek, der an diesem Abend das Protokoll in seinen Laptop tippt, sagt: „Das hier ist eine ganz neue Protestkultur jenseits altgedienter Rituale.“ Und jenseits der etablierten Parteien.

Rostek ist eines der Gründungsmitglieder von „Münster gegen TTIP“, aber er engagiert sich auch bei den Grünen. Er weiß, dass Kommunalpolitiker „kaum Zeit haben, sich in Themen wie TTIP reinzugraben“. Diese Lücke füllen nun Initiativen. „Wir denken hier in großen Zusammenhängen, arbeiten uns durch wirklich hochkomplexe Sachverhalte, lesen Hunderte Seiten und suchen Experten, die das einordnen und erklären können“, so Rostek.

Ihm ist es wichtig, zu betonen, dass er und die anderen am Tisch „nicht nur dagegen sind“. Man kämpfe nicht einfach gegen diese vier Buchstaben, „sondern dafür, dass die Demokratie und unsere Werte in Europa überleben“. Der Kampf gegen Ceta und TTIP habe deshalb auch mit plattem Antiamerikanismus nichts zu tun, wirft Stefanie Tegeler ein, der sei ihrer Generation sowieso fremd. „Die kanadischen und amerikanischen Bürger kämpfen letztlich für die gleichen Rechte“, sagt sie. „Wenn wir unser Wissen austauschen, können wir viel voneinander lernen.“

Zur gleichen Zeit am an - deren Ende der Republik, es ist der Tag nach den Greenpeace-Enthüllungen. Am späten Nachmittag treffen die ersten Abgesandten der Nichtregierungsorganisation „Mehr Demokratie“, die bundesweit für mehr Volksbegehren und Volksabstimmungen eintritt, unweit des Münchner Klinikums Großhadern ein. Sie wollen beim Dorffest Flugblätter verteilen, um Anhänger für das in Bayern geplante Volksbegehren

gegen Ceta zu gewinnen. Die EU plant, Teile des Abkommens vorläufig in Kraft treten zu lassen, bevor die nationalen Parlamente darüber abstimmen.

Das klandestine Vorgehen der Bundesregierung sei „einer Demokratie nicht würdig“, sagt die Kauffrau Brigitte Grübler, 46. Sie wird begleitet von einem Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens und einem einst hochrangigen Siemens-Manager.

Der Widerstand gegen die Abkommen rekrutiert sich zum großen Teil aus Angehörigen gebildeter Schichten, so das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid. Es sind keine berufsmäßigen Querulanten, sondern Menschen, die sich nur ungern für dumm verkaufen lassen. „Uns werden von der Regierung wesentliche Informationen vorenthalten“, rügt einer von ihnen, „das hätte ich mir in meiner früheren Position als Manager nie erlauben dürfen.“

Kaum nähert sich Bayerns Finanzminister Markus Söder dem Festzelt, bekommt er einen Flyer in die Hand. Der CSU-Politiker lächelt freundlich. Selbst die reichlich anwesenden Polizisten behandeln die Protestler mit ausgesuchter Höflichkeit: „Wenn's was brauchts, meldets euch“, ruft der Einsatzleiter ihnen zu, und „viel Erfolg“.

Auch die Gewerkschaft der Polizei hat sich den Freihandelsprotesten angeschlossen. Genau wie jede einzelne Mitgliedsgewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Oder der Paritätische Wohlfahrtsverband. Der Deutsche Kulturrat. Die Umweltschützer BUND, NABU, WWF, NaturFreunde, das Umweltinstitut und Greenpeace.

Die Entwicklungshilfeorganisationen Brot für die Welt und Oxfam. Ebenso die globalisierungskritische Attac, die Bürgerbewegung Campact, die Verbraucherschützer Foodwatch, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Mehr Demokratie.

Sie alle riefen im Oktober gemeinsam zur bundesweiten Demonstration gegen TTIP und Ceta in Berlin auf. Einige der Bündnispartner waren von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel angestiftet worden.

Gabriel hatte, um den Vorwurf der Intransparenz zu kontern, Vertreter großer Institutionen im Mai 2014 in einen TTIP-Beirat berufen. Doch schon bald gab es Krach. Die Funktionäre monierten, dass das Wirtschaftsministerium vor allem die EU-Position vortrug, kritische Positionen aber zu kurz kämen. Fortan nahmen sie sich öfter das Wort, die Kirchenvertreter problematisierten die Folgen von TTIP für fairen Handel, die Gewerkschaftler die Auswirkungen auf die Arbeitswelt, der Chef der Verbraucherzentrale die Problematik der Standards bei Lebensmitteln. „Bis dahin hatte sich jeder nur um sein Thema gekümmert. Jetzt wurde deutlich, wie viele Bereiche des Lebens TTIP durchdringen würde“, sagt ein Beiratsmitglied.

Nicht wenige schlossen sich der Anti-TTIP-Bewegung an. Rund 250 000 Menschen kamen zur Großdemonstration nach Berlin. Es war der größte Protestzug seit den Aufmärschen gegen den Irakkrieg 2003.

Von Anfang an versuchten Politiker der Regierungsparteien, die Bewegung zu verunglimpfen. In einer Bundestagsaussprache zu TTIP kommentierte der CDU-Abgeordnete Andreas Lämmel die drei Millionen Unterschriften gegen TTIP lapidar: „Wir wissen, wie auf den Straßen Unterschriften gesammelt werden.“ Sein Parteikollege Joachim Pfeiffer nannte die Bürgerbewegung Campact Teil einer „Empörungsindustrie“. Wer sich vor den Karren von Campact, Attac und Foodwatch spannen lasse, sei „einfach strukturiert“, behauptete Pfeiffer.

Eine viertel Million einfältiger Dummköpfe also. Oder alles rechter Mob?

Der Organisation Lobbycontrol fiel auf, dass die Berichterstattung von der Demo eine eigentümliche Unwucht aufwies: „Die Debatte prägt ein Spin, der die friedliche Mammutdemo mit Pegida-Aufmärschen gleichzusetzen und die TTIP-Proteste in ein trübbraunes Licht zu rücken versucht.“

Doch weder die angebliche Pegida-Nähe noch die Unterstellung von Politikern und Wirtschaftsvertretern, TTIP-Gegner seien wahlweise notorische Handelsfeinde, Globalisierungsgegner, hysterische Angsthasen oder antiamerikanisch, verfiel. Die Zustimmung bei den Deutschen und Amerikanern für das Freihandelsabkommen TTIP ist in den vergangenen zwei Jahren deutlich geschwunden, bis sie schließlich ganz kippte (siehe Grafik).

Die Befürworter beklagen, dies sei der Ideologisierung der Debatte durch die Gegner zuzuschreiben. „Organisationen wie etwa Foodwatch und Campact sind nichts anderes als professionelle Protestunternehmen, die an den Ängsten von Menschen verdienen und keinen sachlichen Beitrag zur öffentlichen TTIP-Debatte leisten“, wettet der CDU-Politiker Pfeiffer.

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Der Zulauf beim Kritikerlager erklärt sich vor allem dadurch, dass diese mit ihren oft durch Studien oder externe Expertisen gestützten Sachargumenten überzeugten. Und es den Befürwortern nicht gelang, diese zu widerlegen.

Der Erfolg der TTIP-Gegner hängt eng mit der Professionalisierung der Nichtregierungsorganisationen zusammen. NGOs wie Greenpeace, Campact und Foodwatch verfügen über kompetentes Personal und über genügend Ressourcen, um Gegengutachten zu bestellen, Experten anzuheuern, Aktionen durchzuführen. Ihre Fachleute können komplizierte Handelspapiere analysieren und sie dann so übersetzen, dass ein normaler Mensch sie auch versteht. Sie sind untereinander vernetzt, auch international, und beherrschen die Nutzung von Social Media. Sie erzwingen die Herausgabe von Informationen über Gesetze und versorgen die Öffentlichkeit mit Interna, während die Befürworter auf die Vertraulichkeit der Verhandlungen pochen.

Der Kampf gegen TTIP begann mit Pia Eberhardt. Die Kölnerin arbeitet für die Brüsseler NGO Corporate Europe Observatory (CEO), die das Treiben der Lobbyisten beobachtet. Die Ökonomin beschäftigte sich bereits in ihrem Studium mit internationaler Schiedsgerichtsbarkeit, also nahm sie sich den geplanten Mechanismus bei TTIP vor. Als sie entdeckte, welche gewaltigen Klagemöglichkeiten sich daraus für die Industrie gegen Staaten ergaben, erstellte sie einen Report und suchte Kontakt zu Journalisten. Gleichzeitig fand CEO heraus, dass sich die Brüsseler EU-Kommission im Vorfeld von TTIP zwar eifrig mit Wirtschaftsvertretern getroffen hatte, aber kaum mit Vertretern der Zivilgesellschaft. Die ersten großen TTIP-Themen waren gefunden: mangelnde Transparenz, Bevorzugung der Industrie und Entstehung einer Paralleljustiz.

Schnell nahmen sich deutsche Organisationen der Themen an. Bereits im Frühjahr 2013, noch bevor der EU-Ministerrat das Verhandlungsmandat für TTIP verabschiedete, schlossen sich erste NGOs zum Netzwerk „TTIP unfairhandelbar“ zusammen, das heute über 60 Gruppen umfasst.

Weder die Wirtschaft noch die Politik registrierten, was sich da zusammenbraute. Handelspolitik war länger kein großes Thema für NGOs gewesen. Das sollte sich bei TTIP ändern – als klar wurde, dass der US-Europa-Pakt den Rahmen aller bisherigen Abkommen bei Weitem sprengen würde.

Thilo Bode, Gründer der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch und ehemalig Greenpeace-Chef, wollte sich zunächst gar nicht mit TTIP befassen. Doch immer mehr Fördermitglieder drängten ihn, sich zu kümmern. Sie wollten wissen, ob europäische Standards im Lebensmittelbereich durch TTIP gefährdet seien. Bode las sich ein und entdeckte bald den

grundlegenden Gegensatz zwischen dem europäischen Vorsorgeprinzip und dem amerikanischen Nachsorgeprinzip. „In Europa wird nichts erlaubt, das im Verdacht steht, gesundheitsgefährdend zu sein. In den USA muss erst eine Leiche da sein, dann wird auf dem Klageweg reguliert.“ Das nächste große TTIP-Thema war geboren.

Der erfahrene Kampagner Bode war angefixt. 2015 erschien sein Buch „Die Freihandelslüge: Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet“, es wurde ein Bestseller. Bode beschreibt, wie die Politik sich den Industrieinteressen unterordnet und die Wirtschaft über das Instrument der sogenannten regulatorischen Kooperation sogar in die Gesetzgebung eingreifen kann. „Das Buch fiel auf fruchtbaren Boden, weil die Bürger ohnehin unter dem Ohnmachtsgefühl leiden, immer weniger zu sagen zu haben und über den Tisch gezogen zu werden“, sagt Bode. Die jetzigen Enthüllungen befeuern diesen Eindruck: „Ich habe in meiner schon recht langen Laufbahn als ‚Aktivist‘ noch kein politisches Vorhaben erlebt, bei dessen Verteidigung die Regierung und die Ministerialen uns derart permanent und dreist belügen und einseitig die Partei der Konzerne ergreifen.“

Greenpeace ist schon seit 1990 bei Handelsthemen aktiv. Ihr Experte Jürgen Knirsch erinnert sich immer noch mit großem Vergnügen an die zwei Kisten mit „Practice Safe Trade“-Kondomen, die er 1999 für Greenpeace während der Welt handelsrunde in Seattle in das Verhandlungsgebäude schmuggeln musste. Bei den dortigen Tumulten lernte er die Harvard-Juristin Lori Wallach kennen, die als Mitarbeiterin der Bürgerschutzorganisation „Public Citizen“ heute den Widerstand gegen TTIP in den USA orchestriert. Knirsch ist bestens vernetzt mit den NGOs, die sich mit Handel beschäftigen. „Es gibt nicht viel Konkurrenz unter uns, wir tauschen uns aus und arbeiten zusammen.“ Das Bündeln der Kräfte und Arbeitsteilung, auch das ist ein Geheimnis des Erfolgs gegen TTIP.

Greenpeace ist bekannt dafür, Kampagnen besonders medienwirksam umsetzen, Menschen mobilisieren jedoch kann derzeit keiner besser als die Bürgerbewegung Campact. Auf ihrer Internetplattform können Interessierte Petitionen starten oder unterschreiben und so in einem ersten Schritt politisch aktiv werden. Mit kurzen Erklärvideos und knalligen Aufrufen gelingt es, auch schwierige Themen zu popularisieren. Anschließend versucht Campact, die Unterzeichner auch für Aktionen zu gewinnen. Campact ist der schlagkräftigste Arm der Bewegung, hier werden Demos vorbereitet und Protestmaterial erstellt. Vor der Europawahl verteilten sie 6,5 Millionen Türhänger.

„Zuerst wurde uns TTIP mit Wachstum und Arbeitsplätzen verkauft“, sagt Pressesprecher Jörg Haas. Doch diese Behauptung der Befürworter hat die TTIP-Opposition Stück für Stück als völlig übertrieben entlarvt: Magere 0,5 Prozent Wachstum über einen Zeitraum von zehn Jahren sagen selbst optimistische Studien der Befürworter voraus – das sind gerade fünf Promille pro Jahr. „Die TTIP-Leaks haben nun auch die zweite Story zerlegt: dass TTIP hohe Standards setzen wird“, freut sich Haas.

Als Erstes mussten die EU und der BDI ihre Wachstumsprognosen nach unten korrigieren. Die Tufts University in Massachusetts hatte 2014 eine Untersuchung vorgelegt, nach der TTIP in Europa bis 2025 knapp 600 000 Arbeitsplätze kosten und – je nach Land – zu Einkommensverlusten von 165 bis zu 5500 Euro pro Person führen würde.

Zuletzt erzwangen die TTIP-Gegner von „Global Justice Now“ mithilfe des Freedom of Information Act in Großbritannien die Veröffentlichung eines von der Regierung bestellten Gutachtens, das seit 2013 unter Verschluss gehalten wird. Darin attestierte die London School of Economics, das Abkommen berge viele Risiken und bringe wenig bis gar keinen Nutzen. Premier David Cameron hielt dieses vernichtende Ergebnis geheim – und warb stattdessen bei seinen Bürgern für TTIP.

Was Politiker dazu treibt, Bürger und Land zu verscherbeln, ist rätselhaft. Sicher ist: Während die verantwortlichen Politiker gehen können, würde TTIP für Jahrzehnte bleiben. Völkerrechtliche Verträge sind sehr schwer aufzuheben.

Dennoch will EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström noch eine oder zwei Verhandlungsrunden mit den USA machen, dann soll ein Resümee gezogen werden. Beobachter nehmen an, dass es zur Gesichtswahrung aller Beteiligten ein „TTIP light“ geben wird, in dem nur die unstrittigen Punkte festgeschrieben werden.

Doch auch ein Abbruch ist nicht auszuschließen. „Eine Welt ohne TTIP ist möglich“, sagt Bernd Lange (SPD), der dem Handelsausschuss im EU-Parlament vor sitzt. In Deutschland wären viele Politiker wohl froh, wenn sich das leidige Thema von selbst erledigen würde.

Wird es aber nicht. Thilo Bode hat sich bereits das Ceta-Abkommen mit Kanada vorgenommen, das kurz vor der Unterzeichnung steht, und festgestellt, dass im Vertragsentwurf das Vorsorgeprinzip kaum erwähnt ist. „Die EU hat uns längst verkauft“, sagt er.

Dagegen will er nun ankämpfen. Wie, will er noch nicht sagen. Es soll eine Überraschung werden.

Dinah Deckstein, Simone Salden, Michaela Schießl

http://video.spiegel.de/flash/17/41/1671471_1024x576_H264_HQ.mp4